

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.  
Wochentliches Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Bestellungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Orts- und Bezirks-Vorstände  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vereinsrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/222.

Einzelnen pro Heft:  
Gesamtpreis 40 Pf., Familienpreis 25 Pf.  
Verbindungspreis 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.  
Verantwortlicher: Kurt Alexander, Nr. 4230.

Nr. 37/38.

Berlin, Sonnabend, 15. Juni 1918.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Heran an die Jugend! — Generalversammlungen der Krankenkasse und der Sterbekasse des Gewerksvereins der Metallarbeiter. — „Soziale Kultur“. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands-Verzeichnis. — Literatur.

## Heran an die Jugend!

Schon vor dem Kriege hatten sämtliche Organisationsgruppen, neben anderen Vereinigungen, ihr Augenmerk darauf gerichtet, die Jugend für sich zu gewinnen. Jede gewerkschaftliche Richtung hatte ihre besondere Jugendbewegung, denn jede wollte sich einen Nachwuchs sichern. Um die jungen Leute an die Organisation zu fesseln, wurden Jugendabteilungen oder Jugendgruppen gebildet, die unter der Leitung erfahrener älterer Mitglieder standen und die Pflege der körperlichen und geistigen Ausbildung betrieben. Damit wurde gleichzeitig erreicht, daß die heranwachsende Jugend sich mit nützlichen Dingen beschäftigte. Sinn für eine edle Geselligkeit bekam und weniger der Gefahr ausgesetzt war, Anstoß an schlechte Gesellschaft zu finden. Auch im Verbands der Deutschen Gewerksvereine hatten wir, dank der oberfreundlichen Bereitschaft vorwärtsstrebender Kollegen, die einen großen Teil ihrer freien Zeit daran setzten, eine Jugendbewegung, die in vielen Orten tiefste Wurzeln geschlagen hatte und für die Zukunft zu den schönsten Hoffnungen berechtigte.

Der Krieg hat auch auf diesem Gebiete mit seinem Verwüstungswerk eingegriffen. Die Abteilungsleiter wurden meistentheils zum Wehrdienst einberufen, und nach und nach folgten ihnen auch die jungen Leute selbst. Wohl kamen neue Mitglieber in die Jugendabteilungen, aber mit dem Verlust der alten Mitglieder ging auch der innere Zusammenhalt vielfach verloren und schließliche Jugendabteilungen lösten sich auf. Geblieben sind dieser Vorgang noch dadurch, daß führende Männer der Bewegung den Selbstmord überlebten und die Zeitschrift unseres Jugendbundes „Die Sonne“ während des Krieges ihr Erziehungswerk einstellte. Erziehungswerk aber gibt es doch auch Orte, an denen trotz aller dieser Bedrohungen die Jugendabteilungen sich erhalten haben und ein neues Leben entfalten. Diese müssen jetzt die Grundlagen bilden, auf denen das Verlorene wieder aufzubauen ist.

Denn an den Aufbau müssen wir nachgedenken, wenn wir uns nicht die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft einträufen wollen. Mancherlei Leiden denken darauf hin, daß auf dem weitaus größten Kriegsschauplatz der Entscheidungsschlacht ausgefochten wird und dann der Sieg und die erkämpfte Friedeswiederkehr. Darauf müssen wir uns schon heute richten und unsere Arbeiten anstellen. Eine dieser Arbeiten aber muß der Wiederaufbau unserer Jugendbewegung sein. Dabei verstehen wir keineswegs die zu überwindenden Schwierigkeiten. Um nur eine herauszuheben: In vielen Orten wird man uns die Frage entgegenhalten, wo man jetzt die Abteilungsleiter nehmen soll. Das war schon in Kriegeszeiten eine heikle Sache, an der hier und da die Gründung einer Jugendabteilung gescheitert ist. Nun, die älteren Kollegen haben in der Kriegszeit schon so viel auf sich genommen, daß sie auch nicht davor zurückzucken sollten, sich an die Spitze einer Jugendabteilung zu stellen. Bei gutem Willen und im Bewußtsein, einer guten Sache zu dienen, werden sie sich ihrem Posten schon gewachsen fühlen. Außerdem aber sind ja auch zahlreiche Kollegen

reklamiert, die sich mit Erfolge einer solchen Aufgabe widmen könnten. Daß es möglich ist, Jugendabteilungen auch jetzt zu halten, das beweisen die Orte, wo sie noch bestehen und tatkräftig weiterarbeiten. Also fort mit der Jagd nach und frisch ans Werk gegangen, dann wird es auch gelingen! Jedenfalls tun unsere Ortsverbände gut daran, wenn sie sich wieder einmal gründlich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und etwas zu schaffen sich bemühen.

Die Gewinnung der Jugend ist nämlich in der Kriegszeit zu einer Frage von größter Bedeutung herangewachsen. Heute spielen die jugendlichen Arbeiter im Wirtschaftsleben eine ganz andere Rolle als vor dem Kriege. In Betrieben aller Art werden sie zu Hunderttausenden beschäftigt, und auch nach Friedensschluß wird ihre Zahl nicht nennenswert sinken. Sie bilden einen Faktor im Produktionsprozeß, mit dem aus den verschiedensten Gründen gerechnet werden muß. Gelingt es nicht, sie rechtzeitig mit den Bestrebungen der Organisation vertraut zu machen, dann besteht die Gefahr, daß sie sich später zu Lohnkämpfern entwickeln, unter denen die älteren Leute zu leiden haben. Außerdem aber haben wir als Gewerksvereiner auch ein natürliches Interesse daran, daß die jungen Leute in unserer Mitte geistig erzogen werden. Sie müssen später das neue Blut in die Organisation bringen, das notwendig ist, um sie lebensfähig zu erhalten. Wenn der Nachwuchs fehlt, stirbt ein Gewerkschaft aus und genau so ist es mit der Organisation.

Der Einwand, daß die jungen Leute jetzt für die Jugendbewegung nicht zu haben seien, trifft nur zu einem kleinen Teil zu. Die Mehrzahl, die schon zu unabweisbar früher Zeit in das Erwerbsleben hineingerieten, die unter den Härten des Krieges frühzeitig mündig geworden ist, ist sehr wohl ersten Bestrebungen zugänglich, wenn man sie in verständlicher Weise darauf hinweist. Namentlich die Kinder unserer Gewerksvereinskollegen, sowohl der Tabeingeborenen wie der im Felde stehenden, sollten unbedingt in Jugendabteilungen zusammengeführt werden. Unsere leidtragenden Kollegen werden uns sicher dafür dankbar sein, wenn wir uns auch in dieser Hinsicht ihrer Kinder annehmen. Und wenn wir auf diese Weise erst einmal einen Stamm gesammelt haben, dann werden auch andere den Anstoß suchen. Der Versuch muß nur gemacht werden, und er wird gelingen und gute Früchte tragen, wenn man mit Lust und Liebe daran geht. Wo aber der Gründung einer Jugendabteilung unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege stehen, da sollte man wenigstens kein Mittel unversucht lassen, die jugendlichen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Auch dies ist ein Punkt, der mehr als bisher im Auge gefaßt werden mußte.

Bei dem Mangel an Papier ist es natürlich schwer, geeignete Werbemittel für die Jugend herauszugeben, und das vorhandene Material ist zum größten Teil veraltet. Trotzdem ist die Verbandsleitung natürlich gern bereit, die Gründung von Jugendabteilungen mit Rat und Tat zu fördern. In erster Linie gilt es selbstverständlich, das Bestehende zu erhalten und auszubauen. Deshalb eracht auch von dieser Stelle aus an alle Jugendabteilungen die eindringliche Mahnung, nichts unversucht zu lassen, um eine Stärkung der Mitgliederzahl herbeizuführen. Ferner ist es erwünscht, daß alle bestehenden Jugendabteilungen dem geschäftsführenden Ausschuß sofort einen kurzen Bericht zugehen lassen über Mitgliederzahl,

Vermögensbestand und Tätigkeit, um auf diese Weise einmal einen Überblick zu erhalten über das, was noch vorhanden ist. Die Ortsverbandsvorstände werden ersucht, dafür zu sorgen, daß dieser Bericht möglichst bald fertiggestellt und dem Kollegen Franz Neufeldt, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223, zugeht, an den vorläufig alle auf die Jugendbewegung bezüglichen Sendungen zu richten sind.

Das oft gebrauchte Wort: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft! wird in der kommenden Zeit noch mehr Bedeutung haben als vor dem Kriege. Sorgen wir dafür, daß es in den Gewerksvereinen die nötige Beachtung findet.

## Generalversammlungen der Krankenkasse und der Sterbekasse des Gewerksvereins der Metallarbeiter.

Im Anschluß an den Delegiertentag des Gewerksvereins der Metallarbeiter und Metallarbeiter, über dessen Verhandlungen wir bereits berichtet haben, fanden am Sonnabend, den 25., und Sonntag, den 26. Mai, die Generalversammlungen der zum Gewerksverein gehörenden Krankenkasse und der Sterbekasse statt. Beide gielten nach den geüblichen Bestimmungen als Versammlungen der Gewerksvereine auf Gegenseitigkeit. Die Verhandlungen der Generalversammlungen wurden geleitet von Schimpfle, Berlin als Vorsitzenden, und von Danzig als Stellvertreter, Pongers-Altena und Walter. Um als Schriftführer. Der vom Hauptkassierer Strubel erstattete Kasfenbericht ließ erkennen, daß die Krankenkasse trotz der Kriegszeit eine Mitgliederzunahme von 5495 aufzuweisen hat. Im Wehrdienst stehen 5123 Mitglieder. Die Vermögenszunahme beträgt 89 235,97 Mk. der Vermögensbestand ist in der vorangegangenen Höhe vorhanden, der Kasse stehen somit keinerlei Schwierigkeiten im Wege. Nachdem der Hauptkassierer Krug die korrekte Führung der Kassengeschäfte festgestellt hatte, erstellte die Generalversammlung dem Hauptkassierer ohne Debatte einstimmig Entlastung.

Einen Antrag des Vorstandes entwerfend, wurde bei der Beitragsleistung die Forderung beschlossen, die bisherige Pensionsrechnung zu bestätigen und die Beiträge auf 15, 25, 40 und 60 Pf. festzusetzen, denen ein Krankengeld von 3,75 Mk., 6,25 Mk., 10 Mk., 12,50 Mk. und 15 Mk. gegenübersteht. Die Einführung einer noch höheren Stufe wurde abgelehnt, ebenso auch eine Vergrößerung der Wertzeit, die nur 3 Tage von der Krankmeldung ab beträgt.

Der finanzielle Stand der Kasse, die in der Kriegszeit keinerlei Einschränkungen ihrer Leistungen vorgenommen hat und die trotz des Krieges ihren Verpflichtungen voll nachkommen ist, bietet volle Gewähr dafür, daß sie auch in der Zukunft den erkrankten Mitgliedern wirksame Hilfe bieten wird, und zeigt, daß ihre Einrichtungen bedeutend vorteilhafter sind als die sogenannte Erwerbslosenunterstützung anderer Organisationen.

Anfolge des Krieges war der Mitgliederzuwachs der Sterbekasse ins Stufen geraten. Erst in der letzten Zeit sind die Aufnahmen neuer Mitglieder erfreulich zahlreicher geworden. Die Sterbekasse beschloß Ende 1917 ein Vermögen von 1 154 173,57 Mk. bei 15 575 Mitgliedern. Mit Zustimmung des Aufsichtsamtes für Privatver-

sicherung konnten die Leistungen der Kasse dahin erweitert werden, daß auch den Hinterbliebenen der im Felde gefallenen Mitglieder das volle versicherte Sterbegeld gezahlt wird. Das versicherungsmathematische Gutachten ist für die Kasse äußerst günstig. Aus diesem Grund war es möglich, das Sterbegeld für die vor dem 1. Oktober 1913 eingetretenen Mitglieder um 5 vom Hundert zu erhöhen. Die nächste Generalversammlung wird voraussichtlich nach dieser Richtung weitergehende Beschlüsse fassen können.

Um eine regere Tätigkeit zur Werbung neuer Mitglieder für die Sterbekasse entfalten zu können, beschloß die Generalversammlung, aus dem Kassendarmen den Betrag von 20000 M. als Werbefonds bereitzustellen. Für die Kinderversicherung wurde beschlossen, daß die Versicherungssumme nicht nur in 2 Raten, sondern auch einmalig, jedoch in diesem Fall mit einem geringeren Betrag, zur Auszahlung kommt.

Nach Erledigung der Vorstandswahlen und einiger geschäftlichen Angelegenheiten war die Tagesordnung erschöpft. Die Verhandlungen des Delegiertentages, sowie beider Kassen ließen das Streben nach Vorwärts klar erkennen. Es sind jetzt für den Gewerkeverein der Metallarbeiter eine ganze Reihe neuer Werbemöglichkeiten geschaffen worden, die bei richtiger Ausnützung zweifellos zur Förderung des Gewerkevereins und seiner Kasseneinrichtungen sowie zur Vermehrung der Mitglieder in reichem Maße beitragen werden. An allen Kollegen im Land wird es nur liegen, an der Hand der gefassten Beschlüsse in eine rechte Werbetätigkeit einzutreten. Trotz der Kriegswirren ist es vorwärts gegangen; bei gutem Willen wird der Fortschritt auch weiter ermöglicht werden. Dem größten unserer Gewerkevereine rufen wir zu der neuen Arbeit „Glück auf!“ zu.

### „Soziale Kultur“.

Vortrag, gehalten auf dem Kongresse freier nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände zu Berlin, 28. April 1918, von Universitäts-Professor Dr. Adolf Günther.

Wenn eine neue Bewegung Wert darauf legt, von wissenschaftlicher, und zwar staatswissenschaftlicher Seite an ihrem Konstituierungstage ein Geleitwort über „Soziale Kultur“ zu erhalten, so ist dies bereits ein ausgesprochenes Bekenntnis; sie will sich bewusst in die zeitigen und kulturellen Strömungen der Gegenwart einreihen, will nicht nur Interessenten, auch nicht nur soziale Bewegung sein. Sie glaubt aber auch für sich in Anspruch nehmen zu können, daß sie unsere soziale Kultur nicht nur mit zu tragen, sondern auch um bestimmte Werte zu bereichern imstande sei. Dem für den Vortrag gewonnenen Medner sind nicht alle Einzelheiten der neuen Bewegung bekannt; er hat sich zu fragen, was die Zusammenfassung einer Reihe großer, bisher isolierter Verbände zu einer selbständigen Gruppe innerhalb der deutschen Arbeitnehmerschaft grundsätzlich für die Fortentwicklung „Sozialer Kultur“ bedeuten kann, und er wird aus seinem allgemeinen sozialpolitischen Wissen heraus und aus den Begleitumständen der Gründungsversammlung dafür Anhaltspunkte zu gewinnen suchen. Unabhängig davon wird er seine persönlichen Ansichten über soziale Kultur darzulegen und zu beurteilen haben.

Aus den Leitfäden des einleitenden Vortrags des Herrn Gleichauf ist Punkt 3 von besonderer Bedeutung. „Die Entwicklung der Organisierung der Arbeiter und Angestellten“ so heißt es hier, „vollzog sich in den Richtungen mit parteipolitischen Einschlag, mit kirchenpolitischem Einschlag und auf neutraler Grundlage in freier nationaler Sinn“ und anschließend betont Leitfaden 4, daß, nachdem die erstgenannten Richtungen ihren Zusammenschluß bereits gefunden haben, nunmehr die einheitliche Zusammenfassung der Verbände auf freier nationaler Grundlage noch vorzunehmen sei.

Nicht weniger wichtig als diese grundsätzliche Verlaufbar ist die Abgrenzung der Bewegung, die durch eine Anzahl von Kongressrednern, besonders durch den Vorsitzenden, Herrn Hartmann, und durch Herrn Erlenz in übereinstimmender Weise gegeben wurde. Sie läuft im ganzen darauf hinaus, daß die neue Bewegung keine ausschließlichen Bestrebungen verfolge, vielmehr das Nebeneinanderarbeiten der verschiedenen Gruppen in der deutschen Arbeitnehmerschaft ausdrücklich wünscht und für möglich erklärt. Vielleicht bedingt

schon die Zeit, in der wir leben, die übrigens für die Neugründung besonders geeignet ist, eine größere Distanzhaftigkeit gegenüber anderen Anschauungen; aber es kommt hinzu, daß die freier nationale Bewegung sich nicht, wie feinerzeit die christliche, neu durchleben muß, daß sie sich vielmehr auf selbstgegründete Verbände, von denen einzelne sogar, wie die Werkmeister, eine Art Monopolstellung haben, stützen kann. Auf dieser sichern Unterlage ist ohne weiteres ein großes Maß von Toleranz geboten. Endlich hat man auch aus der Geschichte gelernt, daß der Deutsche sich nicht in ein enges Kulturrisiko pressen läßt, daß verschiedene Richtungen sich gegenseitig befruchten und vor bürokratischer Engstirnigkeit bewahren. So konnte die neue Gruppe der freier nationaler Verbände ihr Augenmerk vor allem darauf richten, daß Millionen von Arbeitern und Angestellten überhaupt noch nicht organisiert sind, und sie konnte gleichzeitig betonen, daß ein Grund für diese Zurückhaltung von Massen gerade in einer gewissen Einseitigkeit und Enge der bisherigen Organisationsgründungen erblickt werden darf. Die Auspflanzung neuer Ziele wird für nicht wenige die Veranlassung sein, nunmehr den Anschluß an die Organisation zu suchen. Das wäre für sich bereits eine Tatsache Sozialer Kultur, die eine theoretische Erörterung wünschenswert macht. Diese Erörterung soll hier an der Hand von Leitfäden durchgeführt werden.

Leitfaden 1. Der Begriff „Soziale Kultur“ ist zunächst ein innerlich-personlicher, hat aber bestimmte äußere Tatsachen zur Voraussetzung.

Leitfaden 2. Um die Kultur „sozial“ zu gestalten, bedarf es eines starken und geübten Unterbaus in breiten Massen, denen die Kulturgüter in einem freien Staate ausnahmslos zugänglich sind und durch Erziehung und Organisation nahegebracht werden.

Es wurde schon darauf aufmerksam gemacht, daß ein Staatswissenschaftler für den Vortrag bestimmt wurde. Damit ist eine rein vadaoogisch-philosophische Begründung der für „Soziale Kultur“ in Betracht kommenden Gesichtspunkte ausgeschlossen. Der Nationalökonom und Sozialpolitiker wird äußere Tatsachen in den Vordergrund stellen, wird daneben natürlich nicht verzeihen, daß „Kultur“ als solche nicht nur in Vorwärtigen und Tatsachen des öffentlichen und sozialen Lebens liegt, sondern vor allem in den Menschen selbst vorhanden sein oder gewekt werden muß. Das erkennt der Kongress an, indem er neben Materie wirtschaftlichen und sozialpolitischen Inhalts auch solche erzieherischen Gehäuses (staatsbürgerliche Erziehung) stellt. Nicht weniger kommt der allgemeine Charakter Sozialer Kultur in der Einbeziehung rein-politischer Fragen zum Ausdruck, und hier liegt eine bewusste, grundsätzlich wichtige Erweiterung der sozialen Organisationsfragen vor: Wenn Herr Erlenz in diesem Sinne von der „Vertretung der Arbeitnehmer in den Parlamenten“ spricht, so erscheinen die Wahlrechtsfragen geradezu als ein maßgebender Teil der Sozialpolitik, die damit aus der Interessentenpolitik herauswächst; nach allgemeinen staatsrechtlichen Grundfragen ist der Abgeordnete nicht etwa Vertreter einer bestimmten Berufsschicht, sondern des ganzen Volkes; nicht mit gebundenem Mandat, sondern nach freier Überzeugung soll er seine gesetzgeberische und beaufsichtigende Tätigkeit ausüben. Er wird in die Lage kommen, verschiedene und sich widersprechende Gesichtspunkte zum Ausgleich zu bringen. Soziale Kultur verlangt hier unter Umständen ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit, als sie nach der bisherigen Übung dem Arbeitnehmervertreter im Parlament gegeben war. Andernfalls würde der Boden berufsständischer Vertretung betreten, den die deutsche Arbeitnehmerschaft, zum wenigsten für Reichstag und Abgeordnetenhaus, entschieden ablehnt.

Wenn nun unser zweiter Leitfaden einen Unterbau in breiten Massen verlangt, um die Kultur „sozial“ zu gestalten, so ist damit zum Ausdruck gebracht: diese breiten Massen benötigen wohl eine berufliche und soziale Gliederung zur Durchführung der besonderen sozialen Aufgaben, müssen sich aber in Hinblick auf die großen politischen Aufgaben ihrer Zusammengehörigkeit, über die Einzelorganisation hinweg, bewußt bleiben. Das gehört zum Inhalt des Begriffs „national“, der oft mißdeutet wurde, in kritischer Zeit aber seine Wichtigkeit erfahren hat. In Hinblick auf die großen politischen Aufgaben ist jedes Mitglied der breiten Massen zunächst

Staatsbürger, interessiert an allem, was einen wahrhaft freien Staat ausmacht. Erziehung und Organisation aber sollen die politischen und kulturellen Wüter jedem einzelnen vermitteln.

Ein Wort in diesem Zusammenhang über Soziale Kultur und Soziale Reform. Ertere erscheint als der Zustand, den die in dauernden Auf befindliche Soziale Reform heranzuführen soll. Aber die soziale Reform ist nicht der Anbegriff der öffentlichen Bewegungen, die auf Soziale Kultur zielen. Sie war bis zu einem gewissen Grade auch in einer vorangehenden Zeit möglich, die den Massen mit Wohlwollen, aber mit polizeilich-landesväterlicher Zurückhaltung gegenüberstand. Erst mußte der Rechtsstaat geschaffen sein, bevor soziale Reform im heutigen Begriffe einleiten konnte. Und wenn heute in Arbeiter und Angestelltenkreisen die allgemeinen politischen vor allem die Wahlrechtsfragen der sozialpolitischen Materien weit vorangetrieben werden, wenn z. B. die Arbeitskammerverträge bei all ihrer Bedeutung keine große Bewegung mehr entfachen kann und die Aufhebung des § 153 (2), als eine Selbstverständlichkeit mit Ruhe hingenommen wird, so denkt das auf eine politisch-kulturelle Selbstbestimmung und Reife hin, welcher der Ausbau des Rechtsstaates zunächst wichtiger ist als die einzelne sozialpolitische Forderung. Man stellt damit die „Soziale Kultur“ auf die denkbar breiteste Grundlage des Volksganzen.

Leitfaden 3. Damit ergeben sich für die Verwirklichung einer heute nicht allein in vorhandenen Sozialen Kultur bevölkerungs-, sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen neben solchen der äußeren und inneren Politik.

Leitfaden 4. In den letztgenannten gehört die Möglichkeit freier und verantwortlicher Mitarbeit in Staat und Gemeinde, aber auch die Teilnahme an den außenpolitischen Schicksalen des Reichs; diese während des Krieges in militärischer Eigenschaft betätigte Anteilnahme soll von den wieder zu Staatsbürgern gewordenen Soldaten auch im Frieden angelegt werden.

Diese Leitfäden führen das eben Borgebrachte in einigen Hauptpunkten aus. Sie geben gleichzeitig den Rahmen für spätere Darlegungen. Vor allem wird betont, daß Soziale Kultur Teilnahme auch an den außenpolitischen Schicksalen des Reichs einschließt. Dies in einem doppelten Sinne: einmal soll in den Berufsvereinen und in ihrer Gesamtorganisation bewußt mit einer nicht mehr verständlichen Zurückhaltung vor Fragen der äußeren Politik gebrochen werden. Hierzu sind Ansätze vorhanden. Dies würde in manden Fällen eine Verständigung mit andern Volksteilen, vor allem auch mit Unternehmerkreisen möglich machen; auf dem Weltmarkt, gegenüber dem kolonialen und mitteleuropäischen Problem liegen die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vielfach ähnlich. Hier kann die neue national-freierliche Gruppe sogar eine Führung erlangen, die nicht durch Lehremeinungen beeinträchtigt sein würde. Aber den in Leitfaden 4 angezeigten Gesichtspunkt durchdenkt, der wird gleichzeitig eine Selbstverständlichkeit darin erblicken, daß der wieder zum Staatsbürger gewordene Soldat die praktische Führung mit der großen Politik wahrnehmen muß. Mit Recht ist der Krieg als Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln bezeichnet worden. Daraus folgt unmittelbar die Eignung derer, die, im Sinne jener Gleichung, unter Einwirkung ihrer ganzen Persönlichkeit Politik getrieben haben, zur Teilnahme an der nach Friedensschluß fortzulebenden Außenpolitik. Es ist höchste Forderung Sozialer Kultur, daß wer die Uniform mit dem bürgerlichen Gewand vertauscht, nicht mehr in die Rede rein beruflicher, philistiner Lebensauffassung zurückgeworfen werden darf. Das ist der eigentliche Sinn des Volkserbes und des Volkstriebes.

Leitfaden 5. Die bevölkerungspolitischen Folgerungen Sozialer Kultur schließen alle Maßnahmen zum Wiedererwerb der verloren gegangenen Volkskraft und zur Hebung der Masse ein und zielen auf eine, die Familie berichtigende Lohn-, Gehalts- und Steuerpolitik, auf innere Kolonisation, Hebung der Lebenshaltung, Jugend und Mutterhaus sowie Wohnungsreform hin.

Nicht auf Einzelheiten der so vielfach mißverstandenen und dilettantisch betriebenen „Bevölkerungspolitik“ kann es hier ankommen.

In Anbetracht an den soeben angedeuteten Gedanken soll vielmehr ein Hauptgehaltspunkt herausgearbeitet werden. Zweifellos stehen heute die breiten Massen, die für unsere Vorkämpfer „Sozialer Kultur“ stets im Vordergrund bleiben, den Bevölkerungsfragen anders gegenüber als früher. Das hat zu vielen, recht pharisäischen Moralbetrachtungen Anlaß gegeben, die, solange das Zwei-, Ein- und Mehrfachgeheim nur auf kleinere Kreise Anwendung fand, gewissigen hatten. Aus der veränderten Stellung der Massen, die nicht selten auch ethischen und kulturellen Veränderungen, vor allem einem gesteigerten Verantwortungsgesühl entspringt, deshalb aber bevölkerungspolitisch nicht weniger bedrohlich ist, folgen einander politische Monieaugen: Würde nämlich bevölkerungspolitische Minderheit und Bevölkerungspolitik mit allgemeiner politischem Niedergang zusammenfallen, so würde das den Sinn des deutschen Volkes schlechthin bedeuten. Kleinrenterei und Vorkämpferpolitik konnten uns solange nicht niederdrücken, als die Volkserhebung im ungeliebten wirkenden Triebleben geistigere Unterlagen hatte; heute würden die das Persönliche aufzuspüren der Massen, den entscheidenden Antrieb zu großen Familien, ertönen. Freilich ist jenes Persönlichkeitsempfinden außer der Fremde am politischen Leben auch die Möglichkeit, genügend zu verdienen, voraus; insofern ist Regelung des Verteilungsprozesses, sind die im Weltkrieg 5 zusammengefaßten Programmpunkte unerlässlich.

Hier ist auch Gelegenheit, den Zusammenhang großer sozialer Bewegungen mit Sozialer Kultur und ihrer bevölkerungspolitischen Unterlage nachzuweisen. Keine Gewerkschaftsbewegungen, so unbedingt nötig sie sind, können bevölkerungspolitisch gelegentlich an Verständnis einbüßen. Ihre auf Regelung des Arbeitsmarktes gerichteten Bestrebungen können an sich eine Ueberfüllung dieses Arbeitsmarktes nicht aufheben. Praktisch zeigt sich das in den vor dem Kriege nicht ganz selten angewendeten Bemühungen, den Zugang zum Gewerbe im zünftlerischen Sinne einzudämmen oder auf die Einwanderung Einfluss zu gewinnen. Unmittelbar bevölkerungspolitisch, im Sinne einer Gegenwirkung gegen zu viel Kinder, ist weniger in Deutschland als im Ausland manches versucht worden, was in unserer heutigen Lage nicht am Platze wäre. Von günstiger Wirkung war hier gegenüber dem reinen Traditionsunionismus die Anlehnung der deutschen Berufsorganisationen an Gruppen politischen und kulturellen Inhalts. Mit Recht vermeidet, wie schon erwähnt, die neunjährige national-freihheitliche Bewegung eine Beurteilung der an Partei oder Kirche orientierten älteren Strömungen; sie nimmt aber mit gleichem Recht für sich die Anlehnung an bestimmte, über das Gewerkschaftsprogramm hinausragende Weltanschauungen in Anspruch.

Jede auf Soziale Kultur abzielende Bewegung braucht die Resonanz breiter Massen, muß damit begrifflich schon einem bevölkerungspolitischen Positivismus huldigen. Was das Klassenkampfdogma, was die Kirche in dieser Richtung vermochte, kann ein national-freihheitlicher Staats- und Kulturgedanke nicht weniger leisten. In diesem Sinne ist der Zusammenstoß bisher getrennt marschierender Verbände an sich bereits ein soziales Kulturmoment.

(Schluß folgt.)

## Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 14. Juni 1918.

Die Zentralratsitzung am 31. Mai eröffnete Kollege A a b mit einer Begrüßung der anwesenden Gäste. Nach dem Vierteljahresbericht, den der Verbandsrevisor, Kollege Westendorff, erstattete, ist wiederum ein erfreulicher Aufschwung in der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Wäcker und Belege sind bei der Revision in gewohnter Ordnung vorgefunden worden. Der Verbandsvorsitzende Kollege Hartmann berichtete darauf eingehend über verschiedene Konferenzen, an denen die Verbandsleitung beteiligt gewesen ist. Der Klein- und Straßenbahnerverband in Leipzig hat den Anschluß an den Verband der Deutschen Gewerkschaften beantragt. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Zu einer längeren Aussprache führte das im September fällige Jubiläum des 50jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkschaften. Selbst-

verständlich war man sich darüber einig, daß mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit von lauten Festlichkeiten abgesehen werden muß. Dagegen soll eine rege Verbotsbetätigung entfaltet werden, die man durch Veranstaltung von Versammlungen zu verstärken gedenkt. Das nötige Material soll den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Außerdem befaßt der Zentralrat eine Festbroschüre herauszugeben, die der Verbandsvorsitzende verfassen wird. Ueber weitere Maßnahmen soll endgültig in der nächsten Zentralratsitzung die Entscheidung herbeigeführt werden. Die Bestrebungen zur Organisierung der kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer erörterte Kollege Lewin, der damit die in der letzten Zentralratsitzung gemachten Ausführungen ergänzte. Den Schluß der Sitzung bildete ein Bericht des Kollegen Hartmann über den Delegiertentag des Gewerkschafts der Deutschen Metallarbeiter und seiner Nebenfassen. Der Verlauf der Tagungen läßt mit Bestimmtheit erwarten, daß damit der Weiterentwicklung des Gewerkschafts und des Verbandes die Bahn geebnet worden ist.

Mit der Sozialpolitik der Mittelmächte in der Zukunft beschäftigte sich die in Wien kürzlich abgehaltene Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsverbände. Während von deutscher Seite Prof. W a n e s die Bevölkerungspolitik und die Arbeiterernährung in den Vordergrund seiner Ausführungen stellte, gingen die Österreicher mehr auf die Sozialversicherung, das Arbeitsrecht, die Tarifverträge und das Einigungsrecht ein. Insbesondere bezieht sich der frühere Minister Dr. Klein als hauptsächlichste Forderungen der österreichischen Sozialpolitik: Zunehmende Durchbildung aller Rechtsverhältnisse; zunehmende Durchbildung des Arbeitsnachweises, Gewerbeinspektion sowie Verminderung und Milderung der Arbeitskampfe durch Tarifverträge, Schiedsgerichte usw. Diese Richtlinien stimmten grundsätzlich mit denjenigen überein, die der Sozialpolitik in Deutschland das Gepräge gegeben hätten. Medner trat für weitere Annäherung der beiden Mächte auf sozialpolitischen Gebiete ein.

Nach längerer Debatte wurde eine Entschiedenheit angenommen, in der darauf verwiesen wird, daß das Friedenswort der Sozialpolitik von Deutschland, Österreich und Ungarn sich auch im Kriege als eine so starke Stütze erwiesen habe, daß ein Stillstand oder eine grundsätzliche Aenderung in der Sozialpolitik nicht in Betracht kommen könne. Es wurde ein gleichmäßiges Vorgehen in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern in Deutschland, Österreich und Ungarn gewünscht und auf die Notwendigkeit einer fortgesetzten Fürsorge für die Gesundheit, Tüchtigkeit und Wohlfahrt der Arbeiterfähigkeit hingewiesen, die Fortführung der künftigen Sozialpolitik Deutschlands, Österreichs und Ungarns in Anlehnung an die bisher mit Erfolge betriebenen sozialpolitischen Grundzüge und Ziele verlangt und ein gegenseitiges Annähern in den drei Rändern vorhandenen Sozialgesetze und Einrichtungen als geboten angesehen. Eine einverständliche Regelung der Wanderbewegung und der Wandererziehung wurde als notwendig hingestellt, ebenso wie die baldige Abschließung von gegenseitigen Abkommen zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn in Sachen der Kranken- und Unfallversicherung. Schließlich wurde als anstrengenswert bezeichnet, dahin die in den feindlichen Staaten abzuschließenden Friedensverträge die Bestimmungen aufgenommen werde, daß diese Staaten im Gebiete der Sozialgesetzgebung und insbesondere der Sozialversicherung der Einrichtungen der Mittelmächte gleichkommende Anstalten schaffen.

Diese Entschiedenheit ist schon deswegen begrüßenswert, weil sie für eine energische Fortführung der Sozialpolitik spricht. Auch die Vereinheitlichung derselben in den verbündeten Ländern und die Forderung der Aufnahme diesbezüglicher Bestimmungen in die Friedensverträge wird als willkommen angesehen werden können. Nur darf die Vereinheitlichung nicht in der Weise erfolgen, daß etwa in Deutschen Reich die Sozialpolitik auf den Stand in Österreich und noch mehr in Ungarn „zurückrevidiert“ wird, da beide Länder gegenüber dem Deutschen Reich weit im Rückstande sind.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat April wies nach dem „Reichsarbeitsblatt“ keine merklichen Veränderungen gegenüber dem Vormonat auf. Nach wie vor ist die Leistungsfähigkeit der

Industrie den an sie gestellten hohen Anforderungen gewachsen. Die Beschäftigung hielt sich auch dem Vorjahr gegenüber annähernd auf derselben Höhe. Einige kriegswichtige Gewerbezweige konnten, durch Vergrößerung ihrer Anlagen und durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unterjügt, ihre Umsätze noch erhöhen.

Die Lage im Berg- und Hüttenwesen blieb durchaus gut; dasselbe lassen die Berichte aus der Eisen- und Metallindustrie sowie aus dem Maschinenbau erkennen; Lohn erhöhungen werden für diese und manche andere Industriezweige aus allen Teilen des Reiches gemeldet. In der elektrischen und chemischen Industrie lagen zahlreiche Aufträge vor, so daß die Tätigkeit ebenso rege wie in den Vormonaten blieb. Nur im Spinnstoffgewerbe war die Geschäftslage in vielen Teilen des Reiches wenig günstig. Auch im Bekleidungs-gewerbe hatten einige Zweige der Konfektion geringe Umsätze.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Mai im Reichsgebiet lebenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang April eine Zunahme um insgesamt 192 133 Beschäftigte oder 2,2 v. H. erkennen. An der Steigerung ist das männliche Geschlecht mit 116 172 (2,9 v. H.), das weibliche mit 75 961 (1,8 v. H.) beteiligt.

Nach den Feststellungen von 31 Fachverbänden, die für 1162 815 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslohnzahl Ende April 9746 oder 0,8 v. H. Im März wurde von 36 Verbänden berichtet und eine Arbeitslohnziffer von 0,9 v. H. festgestellt. Es bedeutet dies eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vormonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter eine Steigerung des Arbeitsandranges erkennen. Im April kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 62 Arbeitsuchende (gegen 56 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht 90 (gegen 85 im Vormonat). Diese Angaben deuten sich ungefähr mit den Berichten aus der Industrie.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände über die Beschäftigung im April lassen für die Provinz Westpreußen sowie für Mecklenburg-Schwerin ungefähr dasselbe Bild wie im Vormonat erkennen. In Pommern, Elb-Lothringen und Bremen war die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtschaft nicht ganz so besten. In Pommern hat sich in der kaufmännischen Stellenvermittlung eine lebhaftere Tätigkeit entwickelt. In den zum Verbands der Thüringer Staaten gehörenden Arbeitsnachweiser für den Arbeitsmarkt gegenüber dem Vormonat eine starke Belebung erfahren. Sowohl die Zahl der Arbeitssuchenden als die der offenen und besetzten Stellen hat zugenommen. Dagegen wird aus Westfalen und Lippe sowie aus Baden für männliche Personen von einer rückläufigen Bewegung berichtet, während für weibliche Personen eine gewisse Belebung des Arbeitsmarktes zu beobachten war. In Württemberg hat die günstige Lage für die Arbeitssuchenden auch im Berichtsmonat angehalten.

Klagen über die Handhabung des Kapitalabfindungsgesetzes. T. W. A. Als das sog. Kapitalabfindungsgesetz, das den kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen durch teilweise Erhebung der Versorgungsrenten durch Kapitalzahlungen die Selbstmachnung ermöglichen wollte, vor nunmehr bald zwei Jahren zustande kam, wurde es in den Kreisen der Wohnungs- und Siedlungsreform mit großer Freude begrüßt. Man versprach sich von ihm außer jenem Nutzen für die kriegsbeschädigten usw. eine starke Förderung geheimer, dezentralisierter Siedlungsweise im Kleinbau mit Garten. Jetzt aber werden aus diesen Kreisen lebhaftere Klagen über die bisher geringfügige Wirkung des Gesetzes laut. Das mag zum Teile daran liegen, daß zur Zeit die Möglichkeit zu bauen, fast ganz unterbunden ist. Aber es ist doch die Frage, ob nicht daneben auch die Handhabung des Gesetzes durch die ausführenden Behörden einen Teil der Schuld trägt und ob nicht gerade in Ansehung des Umstandes, daß vorderhand fast jede Neubautätigkeit ausgeschlossen ist, das „Höchstmaß“ angetan ist, was die nächsten Jahre dar- zu richten wäre, durch die antilichen Ausfüh- rungsbestimmungen wie durch die praktische Handhabung des Gesetzes bereits vorhandene Säulen den Forderungen des Gesetzes nutzbar zu machen. In der Mai-Nummer der „Mitteilungen des Hessen-Nassauischen Vereins für Kleinwohnungswesen“ (Frankfurt a. M.,

Jordanstr. 19) finden sich einige sehr lehrreiche Beispiele aus der Praxis der Handhabung des Gesetzes eingehender dargelegt, aus denen man den Eindruck gewinnt, daß diese nicht selten den Bedürfnissen des praktischen Lebens und der derzeitigen Lage nicht gerecht wird. Auf diese Weise kann aber das Gesetz leicht statt zur Befriedigung und Aufrichtung der kriegsbeschädigten zu außerordentlicher Verstimmung und Verärgerung, ja Schädigung derselben führen. Die zuständigen Behörden nicht nur, sondern auch die Parlamente und die breitere Öffentlichkeit sollten daher dieser wichtigen Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

**Einige Zahlen zur Bevölkerungsstatistik.** Bis vor dem Kriege vermehrte sich die Bevölkerung in Deutschland um etwa 800 000 im Jahre. Bekanntlich ist diese Zahl nicht so günstig, wie sie scheint, denn sie gründet sich lediglich auf die verringerte Sterblichkeit. In Wirklichkeit ist unsere Geburtenziffer in geradezu bedauerlicher Weise gesunken. Sie hatte 1876 mit 40,9 Lebendgeburten auf 1000 Einwohner ihren Höchststand erreicht und war 1912 auf 28,2 gefallen. Hier Einhalt zu tun, ist eine Lebensfrage für das deutsche Volk. Der Abstieg unserer deutschen Geburtenziffer seit etwa 15 Jahren ist wegen seiner Begleitererscheinungen ohne Vorbild. Kein Kulturvolk hat in einer so kurzen Zeit einen derartigen Abstieg erlebt. Für einen Geburtenrückgang, den wir in 12 Jahren verzeichnen mußten, braucht Frankreich mehr als 70 Jahre. Wir haben seit Kriegsausbruch etwa 560 000 Geburten jährlich weniger als wir haben müßten, wenn wir nur auf der Höhe der Geburten von 1900 geblieben wären. Wir würden dann statt etwa 68 Millionen Einwohner deren einige Millionen mehr haben.

Die günstige Sterblichkeit kann also den Geburtenverlust nicht ausgleichen. Es sterben heute in Deutschland 700 000 Menschen im Jahre weniger, als wenn wir noch die Sterblichkeit vom Jahre 1888 hätten. Aber das bedeutet nur eine hinauschiebung und keine Aufhebung der Gefahr der Verringerung unserer Bevölkerung. Seit etwa 15 Jahren erfolgt nämlich die Abnahme der Geburtenziffer stärker als jene der Sterblichkeit. Diese hat um 4,4 abgenommen, die Geburtenziffer aber um 7,7. Schon im Jahre 1930 würde bei gleichbleibenden Verhältnissen die Zunahme der Bevölkerung in Deutschland ihr Ende erreicht haben. Wie diese Verhältnisse in die ferne Zukunft wirken werden, wenn sie sich nicht bessern, kann man sich leicht vorstellen.

Die Geburtenziffer geht bei andern Völkern, ganz abgesehen von Frankreich, zwar auch zurück und unter Uebermaß über die Sterblichkeit ist noch immer größer als in England, Österreich, Rußland und Frankreich, aber die Verhältnisse werden anscheinend dauernd schlechter für uns: eine Verbesserung unserer Geburtenzahl muß erreicht werden. Die Ursache des Rückganges wird bekanntlich viel erörtert; auf keinem Gebiet sehen die Anschauungen weiter auseinander als hier. Die Zahl der Eheschließungen ist nicht geringer geworden. Sie liegt im Gegenteil in Preußen von 476 000 im Jahre 1900 auf 510 000 in 1913. Der Grund der sinkenden Geburtenziffer liegt also nicht in der Verringerung der Ehen, sondern in ihrer geringeren Kinderzahl. Die einen nennen als Ursache dieser Verringerung den Alkoholismus, andere die Geschlechtskrankheiten, denen ein jährlicher Geburtenausfall von 200 000, wohl in übertriebener Schätzung, zugeschrieben wird. Die mangelnde Wohnungsfürsorge soll schuld haben, andere bezeichnen als Ursache die Fabrikarbeit der Frauen, schlechte Säuglingspflege, künstliche Verhinderung der Empfängnis und geringen Mutterlohn.

Tatsache ist, daß der Rückgang der Geburtenziffer auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführen ist. Die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung spielt dabei die größte Rolle; sie und die Unlust vieler Frauen zum Kinde. Unlust oft aus Krankheit und berechtigten Bedenken, meistens aber und besonders in den so genannten besseren Kreisen aus Bequemlichkeit und einem starken Hang von Mann und Frau zum Wohlleben, bei dem Kinder als eine diesem hinderliche Last betrachtet werden. Nach unierer Ueberzeugung ist jedoch der wichtigere Grund für den Rückgang der Geburtenziffer die Verteuerung der Lebenshaltung. Hierauf sollte man auch bei der jetzt in die Wege geleiteten Reichssteuerpolitik und bei unserer künftigen Sozialpolitik die größte Rücksicht nehmen. Wer die täglichen Bedarfsgegenstände der breiten Masse verteuert,

handelt gegen eine gesunde Bevölkerungspolitik und fördert den Rückgang der Geburtenziffer. Sie sinkt um so tiefer, je höher Brot und Fleisch im Preise stehen. Gehen die heutigen Lebensmittelpreise nach dem Kriege nicht annähernd auf den früheren Stand zurück, so werden wir trotz aller bevölkerungspolitischen guten Absichten doch nur unzulängliches erreichen und einen unaufrichtigen weiteren Geburtenrückgang erleben. Ein derartiger Preisrückgang wird aber, bei der besten Verankerung der Verbraucher in unserem gesamten Wirtschaftsleben, sehr schwer zu erreichen sein. So wird sich sehr bald herausstellen, daß auch die verkehrte Preispolitik der Behörden während des Krieges — die übertriebene so genannte Anreizpolitik — leider noch auf lange Zeit hinaus bevölkerungspolitisch verhängnisvoll wirkt.

### Ämtlicher Teil.

**Begrüßungsliste**  
des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (D. D.)  
Luitung über eingesandte Beiträge im Monat  
Mai 1918.

- Reinhardt:** Bielefeld M. 3,38, Bielefeld Nr. 2010 1,56, Fabrik- und Handarbeiter: Berlin IV 2,47, Bremen Nr. 2124 3,12, Frauen und Mädchen: Danzig 6,76, Gemeindearbeiter: Berlin I 8,06, Kaufleute: Jüno-Berlin 4,95, Stettin 7,28, Konfektion: Berlin 3,50, Käler, Radierer etc.: Jena 2,86, Dresden 1,17, Halle a. S. 17,94, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Berlin V 20,20, Samen-Gärtner 4,12, Kraft-Berlin 1,80, Jordan-Berlin 3,51, Pöpper-Spenden 1,04, **Reinhardt:** Korbhüte 4,16, Schneider: Berlin 43,14, Neudorf Nr. 3302 2,94, Elbing 1,53, Jena 7,15, Kriegerberg 3,46, Stettin 22,17, Puchholz-Berlin 1,69, Neudorf 7,11, **Schumacher** und Lederarbeiter: Nürnberg 21,06, Königsberg Nr. 2023 3,51, Neudorf 12,84, Paderborn 5,72, Pöppel III 9,75, Reigt-Berlin 2,34, Reichenh. Nr. 3402 2,31, Textilarbeiter: Guben 3,64, **Wöhrer** Heimstätten 9,10, Ortsverbände: Erlangen 43,93, Stolp 4,67, Hauptkasse: Nr. 3559 1,36, Summa Mark 311,27.

Berlin, den 4. Juni 1918.  
M. Klein, Hauptkassier.

### Aus dem Verbands.

**Döbeln.** In der am 1. Juni stattgefundenen Ortsverbandssammlung gab der Vorsitzende, Kollege Riedel, einen Bericht über die Tätigkeit des Ortsverbandes. Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für die Stadt Döbeln, der unentgeltlich auf Kosten der Stadt geführt wird, ist erreicht worden. Der beschlossene Ausschuss besteht aus einem dem Stadtrat entnommenen Vorsitzenden und je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbekleidern gewählt werden. Es besteht Aussicht, daß unser Ortsverbandsvorsitzender in dem Ausschuss mitwirken kann. Weiter wurde Kenntnis gegeben von einer in Leipzig stattgefundenen Besprechung der Ortsvereine des Leipziger Bezirks wegen der Arzthonorare. Einladend berichtete der Vorsitzende über die letzte Lohnbewegung bei der Eisenbahner- und landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Döbeln. Während es im vorigen Jahre dem Arbeiterausschuss möglich gewesen war, Erfolge zu erzielen, mußte diesmal die Wirkung der Organisationen herbeigeführt werden. Dabei ist es gelungen, sowohl bezüglich der Stundenlöhne als auch der Abforderdienste nennenswerte Aufbesserungen durchzusetzen. Die Bewegung hatte auch einen Zuwachs von Mitgliedern zur Folge.

Am Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende noch auf das im Herbst bevorstehende 50jährige Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine hin. Da dieses fest würdig begangen werden soll, machen sich gewisse Vorarbeiten notwendig, weshalb dem Vorsitzenden die Ermächtigung erteilt wurde, die geeigneten Schritte einzuleiten, um eine der Lage der ersten Zeit entsprechende Feier zustande zu bringen.  
M. A.

**Erlangen.** Der Fränkische Bezirksverband der Deutschen Gewerksvereine hielt hier am 26. Mai bei Vertretung aller fränkischen Ortsvereine eine Tagung ab, die einen äußerst günstigen Verlauf nahm. Die mit einer warm empfundenen Ansprache seitens des Vorsitzenden Kollegen Kasper-Nürnberg eingeleitete Versammlung nahm zunächst einen Vortrag des Arbeitersekretärs Winter-Nürnberg über besondere Arbeiterfragen während und nach dem Kriege entgegen, worauf Kollege Schindler-Nürnberg über „Soziale Fragen“ referierte.

Beide Vorträge wurden beifällig aufgenommen und zeitigen folgende Beschlüsse zwecks Weiterleitung an die zuständigen Behörden:

Mit Rücksicht auf die erhebliche Entwertung des Geldes und der Tatsache, daß die zur Zeit bestehenden Ortslöcher sowie die Jahreslöhne der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter noch auf Festsetzungen des Jahres 1913 beruhen, soll seitens der zuständigen Stellen mit unünftlicher Verschonung eine Neuheftung der Orts- und Jahreslöhne vorgenommen werden, da keine

Aussicht besteht, daß die Kosten des Lebensunterhaltes auf den früheren Stand zurückzuführen.

Da der bisherige Verlauf des großen Krieges zeigt, daß die Erhaltung und Zukunft, des deutschen Volkes von der Gesundheit und Kraft seiner Arbeiter abhängt, ist die soziale Gesichtspunkte auf allen Gebieten anzusetzen zu fördern. Einem weiteren Ausbau der Unfall- und Krankenversicherung betrachtet die Verengung als besonders dringend, da beiden Trägern die Aufgabe mit zuzufallen, einen ansehnlichen Teil der Schäden, welche der Volksgesundheit durch den Krieg zugefügt werden, zu heilen.

Verpflichtung der Wohnungsfrage erzieht Teilnahm, das stellvertretende Generalkommando zu erlösen, die hinsichtlich der Wohnungsfürsorge für die Stadt Nürnberg erlassenen Anordnungen mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse auf sämtliche Gemeinden des Bezirksbezugs auszuweiten, in welchen in gemeindeeigenen Mietwohnungsamt besteht.

**Redlinghausen.** Am 26. Mai hielt unser Ortsverband eine gutbesuchte Versammlung ab. Einige Ortsvereine waren durch Vorbereitungen für eine energische Arbeit an der Einigung von Vertretern verhindert. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende, Kollege Stube, den Tätigkeitsbericht, der erkennen läßt, daß unser Ortsverband eine eifrige Tätigkeit entfaltet hat, sich aber auch dementsprechend zu entwickeln. Auch aus der aufstrebenden Diskussion ging dies deutlich hervor. Allgemein wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, Wege für unsere Sache zu ergreifen, um unsere Mitgliedszahl zu vergrößern. Der nächste Punkt der Tagesordnung, der das Thema der zukünftigen Aktion betraf, führte ebenfalls zu einer energiegelben Ansprache, als deren Ergebnis zu betrachten ist, daß Ende Juli eine größere Versammlung einberufen werden soll. Auch die Gründung eines neuen Ortsvereins wurde in Aussicht genommen; sie soll durch eine am 18. Juni stattfindende Kandidatensammlung eingeleitet werden. Sogleich tun alle Kollegen des Ortsverbandes ihrer Schlichter und Helfer an ihrem Orte ihre volle Kraft zur Verfügung. Jede Erwähnung wurde ferner die Frage der Jugendbewegung erörtert, in dem Sinne, daß der Gewinn der jungen Leute nicht als höherer Verdienst angesehen werden soll. Die nächste Vertreterwahl des Ortsverbandes soll am 7. Juli in Verbindung mit der im Lokal des Herrn Schneider in Redlinghausen stattfinden.  
W. Conrad, Schriftführer.

### Briefkasten.

**B. S. in Kiel.** Die Anregung ist durchaus beachtenswert. In der vorliegenden Form aber ist die Notiz nicht verwendbar. Bei einer passenden Gelegenheit wird sie schon mit demnächst werden. **Feien Gump!**

### Literatur.

**Eingegangene Bücher und Broschüren**  
**Der unbekannte Soldat.** Kriegskosten und Schicksale des kleinen Mannes. (95 Seiten, von Karl Bröder, Geh. 25 Pf. und 60% Teuerungszuschlag — 40 Pf.) Verlagsgesellschaft Philipp Reclam jun., Leipzig.  
**Die einfache, die doppelte und die amerikanische Buchführung.** Zum Selbstunterricht, leicht fasslich und übersichtlich dargelegt. Mit vielen praktischen Beispielen und Erläuterung der wichtigsten geschäftlichen Bestimmungen. Von B. Hoffstedt, Berlin. S. Schwarz u. Comp., Berlin C. 14, Dresdenstr. 80. Preis 1,35 M.

**Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1917.** Erhältlich zu Händen des jüngsten ordentlichen Genossenschaftsbesitzers des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 17. und 18. Juni 1918 in Köln (Rhein) von dem geschäftsführenden Vorstande Heinrich Kaufmann, Hugo Wälfel. Preis 12 Mark. Druck und Verlag der Verlagsbuchhandlung deutscher Konsumvereine, m. b. H., Hamburg, Steinstr. 38.

**Zentral-Arbeitsnachweis für den Bezirk der Kreisbauernschaft Dresden.** Bericht über die Tätigkeit der Institut im Kriegsjahr 1917. Druck von C. Heinrich, Dresden-N.

**Im Kampf um die Wahrheit.** Von Barbus. Preis 1,20 M. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 114.

**Rechtfragen für Haus und Beruf.** Juristische Baudereien von Referendar R. Berner. Verlag S. Schwarz u. Co., Berlin S. 14, Dresdenstr. 80. Preis 1,50 M. (Taschenformat).

**Der Arbeitsnachweis.** Handbuch für den Gebrauch bei der Stellenvermittlung im Deutschen Reich. Von Hauptreferat Paul Köhling, Berlin. Preis brosch. 6.— M., gebunden 8.— M. Verlagsgesellschaft J. Guttentag, Berlin W. 10, Gutfenkerstr. 38.

**Haus, Garten, Feld.** Vereinigt mit: „Der Garten“, Zeitschrift für Obst- und Gartenbau, nebst den Beiblättern Tierzüchter und Tierfreund, Familie und Haus. Monatlich 2 Hefen. Preis vierteljährlich 1 M. Fränkische Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

**Die Regelung des ausländischen Arbeiterwesens in Deutschland.** Unter besonderer Berücksichtigung der Anwerbung und Vermittlung. Im Auftrage der Gesellschaft zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit herausgegeben von Dr. Otto Feder. Preis 3,60 M. Carl Seymanns Verlag, Berlin W. 8, Rauerstr. 43-44.